

5/S-BR/2017

STELLUNGNAHME

**gemäß Art. 23e B-VG
des EU-Ausschusses des Bundesrates
vom 18. September 2017**

RAT 15811/16 RESTREINT

Empfehlung für einen Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über ein Abkommen zur Ausweitung der bilateralen präferenziellen Handelsbeziehungen und zur Modernisierung der Zollunion

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf europäischer Ebene der Fortsetzung der Arbeiten insbesondere angesichts der derzeitigen Umstände am geplanten Beschluss des Rates über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über ein Abkommen zur Ausweitung der bilateralen präferenziellen Handelsbeziehungen und zur Modernisierung der Zollunion eine Absage zu erteilen, sowie im Verfolg der im Dezember bereits erzielten de facto-Suspendierung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, weiterhin alle Maßnahmen zu ergreifen, um einen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu erwirken.